

Februar 2014

Aufforderung zur Unterstützung eines parlamentarischen Appells für ein globales Verbot von Nuklearwaffen

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Parlamentarische Netzwerk für Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND) unterstreicht, dass die humanitären und ökologischen Konsequenzen jedes Einsatzes von Nuklearwaffen die nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung zu einem Kernthema des 21. Jahrhunderts machen.

Der Internationale Gerichtshof kam 1996 zu dem Schluss, dass die Zerstörungskraft von Nuklearwaffen weder zeitlich noch räumlich begrenzt werden kann, dass die Bedrohung durch oder der Einsatz von Nuklearwaffen daher generell völkerrechtswidrig wäre und dass es eine unbedingte und universell rechtliche Verpflichtung gebe, die vollständige Abschaffung von Nuklearwaffen durchzusetzen.

Regierungen haben diese Verpflichtung akzeptiert, jedoch nicht genügend politischen Willen an den Tag gelegt, ihr nachzukommen. Weltweit können Abgeordnete entscheidenden Einfluss auf die Herbeiführung dieses politischen Willens nehmen.

Wir fügen daher einen von der ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) initiierten internationalen parlamentarischen Appell bei, dem zufolge alle nationalen Regierungen aufgerufen werden, einen Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen und deren vollständiger Beseitigung auszuhandeln und weist daraufhin, dass man nur dadurch garantieren könne, dass sie (die Nuklearwaffen) nie wieder eingesetzt werden, dass man sie unverzüglich ächte und beseitige. Der Appell werde in den kommenden beiden Jahren auf einer Reihe von Regierungs- und Parlamentsforen mit dem Ziel präsentiert, die Abschaffung der Nuklearwaffen voranzubringen.

Der Appell ergänzt die Parlamentarische Erklärung zur Unterstützung einer Nuklearwaffenkonvention, die das PNND 2010 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Vertragsparteien des Atomwaffensperrvertrags unterbreitet hat. Diese brachte die Vertragsparteien zu der Einsicht, dass alle Staaten besondere Anstrengungen mit dem Ziel unternehmen müssten, den erforderlichen Rahmen für die Erreichung und Aufrechterhaltung einer Welt ohne Atomwaffen zu schaffen, und weist auf den Fünfpunktevorschlag für nukleare Abrüstung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hin, in dem unter anderem die Aufnahme von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention oder einen Rahmen sich gegenseitig fördernder Instrumente gestützt auf ein strenges Verifizierungssystem vorgeschlagen wird.

Das PNND verbreitet Informationen über eine Reihe nuklearer Nichtverbreitungs- und Abrüstungsansätze einschließlich erster Schritte, regionaler Maßnahmen und umfassenderer Maßnahmen mit dem Ziel der weltweiten Abschaffung der Nuklearwaffen sowie über im Zusammenhang stehende parlamentarische Initiativen.

Wir bitten Sie, Ihre Unterschrift unter den neuen Appell zu setzen und uns per E-Mail an info@pnnd.org oder per Post zurückzusenden an:

PNND

c/o Basel Peace Office Petersgraben 27 CH 4051 Basel Schweiz

Mit freundlichen Grüßen

Saber Chowdhury MP (Bangladesch)

PNND-Ko-Präsident

Präsident des Ständigen Ausschusses für Frieden und internationale Sicherheit der IPU

çıçan miller

Baronin Sue Miller (UK House of Lords) Mitglied der britischen Delegation in der IPU

Uta Zapf (Deutschland)

PNND-Ko-Präsidentin

Ehem. MdB und Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Deutschen Bundestages